



Arbeitsplätze statt Abfangjäger!

Die Rezession schlägt zu: die Konjunktur- und Arbeitslosenzahlen beweisen es. Die Lösung: Bis 2010 soll die EU der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum werden. Auf unsere Kosten soll schneller und billiger produziert werden. Österreich hat, vertreten durch die blau-schwarze Regierung, dieses Ziel mitfixiert. Doch: Massiver Widerstand ist da! In Spanien, Italien und Deutschland finden Streiks und Demonstrationen gegen Sozialabbau und Rechtsruck statt.

VON SONJA GRUSCH, SLP-WIEN NORD

Am WEF-Gipfel in New York wurde der "starre" Arbeitsmarkt in der EU kritisiert. "If you can't fire, you don't hire" ("Wenn du nicht entlassen kannst, stellst du niemanden an") war die Botschaft. Der EU-Gipfel in Barcelona ging diesen Weg weiter.

ARBEITEN BIS ZUM UMFALLEN

Zentrales Thema in Barcelona war die Anhebung des Pensionsalters. Österreich ist da Musterland: Die letzte "Pensionsreform" war erst der Anfang. In Diskussion ist zur Zeit das niedrigere Pensionsalter von Frauen. Diese Debatte ist zutiefst zynisch: Jede Anhebung des Pensionsalters ist ein Garantieschein für mehr Arbeitslose! In der EU sind insgesamt über 14 Millionen Menschen arbeitslos (das ist der offizielle Wert, tatsächlich sind es weit mehr). Den Arbeitslosen wollen die Staats- und Regierungschefs "helfen", indem sie "Anreize" schaffen. Eine

Drohung! Anstatt Arbeitsplätze zu schaffen, werden Arbeitslose bestraft: Es hagelt Kürzungen bei den Bezügen bzw. Verschärfungen bei den Zumutbarkeitsbestimmungen. Dabei ist die Realität trist genug: Jede dritte 19-24-Jährige ist in Österreich mindestens einmal im Jahr arbeitslos. 1999 erhielten 30% all jener, die sich selbst als arbeitslos bezeichneten, weder Arbeitslosengeld noch Notstandshilfe. Besserung ist nicht in Sicht: Die Reduktion der Steuern- und Abgabenquote ist zu einer der "Hauptaufgaben der nächsten Jahre" erklärt worden. Gemeint ist damit unter anderem eine Kürzung der ArbeitgeberInnenbeiträge zur Arbeitslosenversicherung.

ARMUT IN ÖSTERREICH

Die steigende Arbeitslosigkeit ist eine der Ursachen für die Zunahme von Armut. Weitere Gründe sind schlechtbezahlte Teilzeittjobs, teure Kinderbetreuung, hohe Mieten und die Kürzungen bei diversen Sozialleistungen. Das Ergebnis: 11% der in Österreich lebenden Menschen gelten als

armutsgefährdet, weitere 4% sind akut arm. Armut bedeutet nicht unbedingt das unmittelbare Verhungern: Armut ist der Unterschied zwischen gutem und ausreichendem Essen, Kleidung und Wohnung und dem Mangel an diesen Dingen. Armut bedeutet auch den Unterschied zwischen einer beheizten und einer kalten Wohnung. Armut bedeutet, nicht die Möglichkeit zu haben, ins Kino oder Theater zu gehen und einfach mal ein Buch zu kaufen. Armut bedeutet, sich die Hochglanzprospekte zwar anschauen zu können, aber niemals in Urlaub fahren zu können. Diese Armut gibt es in Österreich.

GELD IST DA! NEIN ZUR AUFRÜSTUNG!

Ein anderes Thema zeigt deutlich, dass Österreich an sich kein armes Land ist: die Abfangjäger. Schätzungen gehen von Ankauf- und Erhaltungskosten von über 4 Milliarden Euro aus. Im Vergleich dazu: Die Studiengebühren werden geschätzt 60-70 Millionen Euro an Einnahmen bringen, die Ambulanzgebühr ca. 50 Millionen Euro. Was ist wichtiger - Abfangjäger oder freier Zugang zu Bildung und Gesundheit? Die Regierung hat ihre Prioritäten klar gesetzt. Doch: Wer braucht Abfangjäger? Licht in die Sache bringt vielleicht das informelle Treffen der 15 EU-

Verteidigungsminister in Saragossa. Die Perspektiven der europäischen "Sicherheitspolitik" bewegen sich zwischen zwei Polen: Einerseits der Möglichkeit, gegenüber den USA im Ernstfall auch militärisch irgendwie eigene Interessen wahrnehmen zu können - nicht in einer direkten Konfrontation, aber in Stellvertreterkriegen um Einflussspähren (z.B. in Afrika, im Nahen Osten und auf dem Balkan). Andererseits im Rahmen der NATO im Kampf gegen die "Schurkenstaaten" dabei zu sein - durch innere und äußere Aufrüstung. Nicht zufällig wird deshalb von ÖVP/FPÖ die Abfangjägerdiskussion mit der Frage des NATO-Beitrittes verbunden.

AUF DER STRASSE - AUF DIE STRASSE

Beim EU-Gipfel in Barcelona waren es 300.000, die gegen die neoliberale EU-Politik demonstrierten. Drei Millionen (!) Menschen haben in Rom gegen die Angriffe auf den Kündigungsschutz protestiert. In den letzten Jahren ist kein Gipfel der EU und kein Treffen der internationalen Institutionen des Kapitalismus ohne Massenproteste über die Bühne gegangen. Es ist nicht mehr möglich, die DemonstrantInnen als "eine Handvoll verrückter

Gewalttäter" darzustellen, wie das noch vor kurzem versucht wurde. Die Wut über die Ungerechtigkeit des Kapitalismus ist zu einem Massenphänomen geworden. Österreich hinkt bei dieser Entwicklung hinterher. Insbesondere die sogenannte Opposition ist zahllos wie eh und je. Anstatt mit einer großen Delegation von GewerkschafterInnen an den Demonstrationen in Brüssel, Barcelona und Rom teilzunehmen, präsentiert der ÖGB das "Sozialstaatsvolksbegehren" als sein einziges Angebot. Wie oft sollen wir noch unterschreiben, dass wir gegen die Politik dieser Regierung sind? Es wird nichts ändern! Die Urabstimmung des ÖGB im Herbst 2001 hat gezeigt, wo das Potential für effektiven Widerstand liegt: bei 89% für Kampfmassnahmen!

FÜR EINE ALTERNATIVE

Österreich muss wesentlich stärker Teil der internationalen Protestbewegung gegen den Kapitalismus werden: die SLP ist Teil des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale und international aktiv. Wir treten gleichzeitig auch für eine Alternative zu diesem System ein. Wir wollen Sozialismus. Sozialismus bedeutet nicht einfach nur eine andere Regierung oder eine etwas andere Politik. Wir kämpfen für die Enteignung der großen Banken und Konzerne und eine demokratische, nach den Bedürfnissen von ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendlichen geplante Wirtschaft und Gesellschaft.

SLP im Netz!

www.slp.at

Auf www.slp.at gibt's jede Menge zu entdecken. www.slp.at wird regelmäßig mit Neuem bestückt. Es lohnt sich immer wieder vorbeizuschauen!



★ Hintergründe zu politischen Entwicklungen
★ Aktuelles, Aktionen und Kampagnen der SLP
★ Links den Schwesterparteien der SLP in aller Welt

österreich

Kommentar Öffis: Nulltarif statt Preiserhöhung Seite 2

schwerpunkt

**EU-Osterweiterung
Seiten 4/5**

international

**Italien: 3-Millionen-Demo
Seite 7**

Der Standpunkt



Ich besitze zwar einen Führerschein, aber kein Auto. Und bin auch lieber mit "Öffis" unterwegs. Aber billig ist das nicht. Nun planen die Wiener Linien wieder eine Erhöhung der Tarife. Meine Jahreskarte hat 377,90 gekostet, künftig soll sie gar 400 Euro teuer sein. Im Vergleich dazu der Richtsatz für die

Nulltarif jetzt!

von Sonja Grusch

Ausgleichszulage (das ist jene Grenze, wo der Staat zugibt, dass jemand arm ist): 630,92 EURO. Verantwortlich für die geplanten Erhöhungen von bis zu 20% ist die SPÖ - jene Partei die sich gerne als "sozial" präsentiert und seit 2001 wieder über die absolute Mehrheit im Wiener Gemeinderat verfügt. Die SPÖ hätte die Macht, politisch andere Entscheidungen zu fällen, als die BenutzerInnen der Verkehrsmittel wieder einmal zur Kasse zu bitten. FPÖ und ÖVP motzen zwar ein bisschen, stehen aber selbst für einen Kurs, der Verteuerung bedeutet. Die Grünen kontern mit dem "Grünen Tarifmodell", das auf den ersten Blick eine Verbesserung brächte: Tarifenkungen und Berücksichtigung von sozial Schwachen. Finanziert werden soll es einfach durch mehr Fahrgäste. Und hier ist der Denkfehler: Sollen sich Grundeinrichtungen des täglichen Lebens an Marktkriterien orientieren? Müssen sich Wohnungen, Bildung, Gesundheitswesen und Öffentlich Verkehr rechnen? Oder handelt es sich nicht viel eher um Grundrechte?

Der Öffentliche Verkehr muss massiv ausgebaut werden - die U-Bahnen verlängert, die Intervalle verkürzt, das Netz verdichtet. Und für den gesamten Öffentlichen Verkehr muss Nulltarif gelten. Die Finanzierung ist eine politische Frage. Die Gemeinden sind nicht machtlos. Sie könnten politisch entscheiden, was subventioniert wird und was nicht. Sie können die Gebühren für Müll, Wasser etc. stark progressiv gestalten und Unternehmen stärker als Haushalte belasten oder nicht. Sie können Steuern wie die U-Bahn-Steuer hoch ansetzen oder als Lappalie (38 Euro pro Jahr/Beschäftigten). Es ist eine Entscheidung, die der Gemeinderat bzw. seine Mehrheit fällt. Die Rathausparteien haben sich - ebenso wie ihre Gegenstücke auf Bundesebene klar entschieden. Der Profit dominiert, der Markt regiert.

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11.
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr. 23
Herstellung- und Verlagsort: Wien
DVR: 0820202

Prozess um Marcus Omofuma Ermordung

Ein System auf der Anklagebank

Am 4. März 2002 begann der Prozess gegen jene Beamten die Marcus Omofuma am 1. Mai 1999 an einen Flugzeugsessel gebunden und mit einem Klebeband geknebelt hatten. Die Fesseln des Mannes wurde von einem Polizisten durch das Abstützen der Füße auf der Rückseite des Flugzeugsitzes nach Leibeskraften festgeschürzt. Marcus Omofuma starb auf diesem Flug.

VON JOHN EVERS

Auch am 4. März legte der zuständige Bundesminister den Regierungsentwurf zur Novelle des Asyl-, Fremden- und Ausländerbeschäftigungsgesetzes vor. Er enthält den sogenannten "Integrationsvertrag" - eine Reihe von Zwangsmaßnahmen die in ihrer Gesamtheit die Ausweisung von hier lebenden Menschen erleichtern. Gleichzeitig wurden die Rahmenbedingungen für die Beschäftigung von "Saisoniern" gelockert. Ausländische KollegInnen können damit in Zukunft noch leichter von Unternehmerseite unter Druck gesetzt werden, für Billiglöhne grenzenlos flexibel zu arbeiten.

WER TRÄGT DIE VERANTWORTUNG?

"Das Mundverkleben bei Schubhäftlingen war unter SPÖ-Innenministern offenbar gängige Praxis, die bis hinauf zu den

jeweiligen Ministern allgemein bekannt gewesen sein dürfte. Mit den Gerichts-Aussagen von Ex-SPÖ-Innenminister Franz Löschnak haben wir dafür auch den schlagenden Beweis bekommen", meinte ÖVP-Sicherheitssprecher Abg.z.NR Kiss. Tatsächlich tragen Politiker wie Paul Kiss, Franz Löschnak, Caspar Einem, Karl Schlögl, oder FPÖ-Justizsprecher Harald Ofner die volle politische Verantwortung für den Mord an Marcus Omofuma. Während des Prozesses wurde bekannt, dass bereits 1993 eine parlamentarische Anfrage zur Praxis des Mundverklebens bei Abschiebungen gestellt wurde! Was haben die verantwortlichen Politiker getan, um diese Praxis vor dem 1. Mai. 1999, Omofumas Todestag, abzustellen?

KONTINUITÄTEN

Charles Ofoedu, ein bekannter Kopf der African Community meint: "Marcus Omofuma kam

Die Fortsetzung rassistischer Praxis des Innenministeriums: Strasser



ohne Papiere als Asylwerber nach Österreich. Wenn er nicht gestorben wäre, würde wahrscheinlich niemand Marcus Omofuma kennen (...). Die Reaktionen der österreichischen Politik unter Schlögl und Klima waren unglaublich. Marcus wurden alle seine Rechte genommen." Wie wenig sich durch diesen Todesfall bis heute geändert hat, wird am Auftreten der handelnden Personen während des Prozesses deutlich. Innenminister Löschnak gibt im Gegensatz zu seinen Nachfolgern zu, von Verklebungen gewusst zu haben und rechtfertigt diese als

TOD LIEGT IM SYSTEM

Omofuma ist kein Einzelfall! Rassistische Diskriminierung ist die Normalität - in ganz Europa. Fast zur gleichen Zeit finden in Deutschland und Belgien ähnliche Prozesse statt. Polizeiübergriffe sind die Folge der gesetzlichen Diskriminierung auf allen Ebenen, die begleitet wird von den Kampagnen rechtsextremer Parteien. Wir halten fest: Wer abschiebt, nimmt immer den Tod des Betroffenen in Kauf! Marcus Omofuma z.B. stammt aus Nigeria; einem Land, in dem eine korrupte Regierung gemeinsam mit Konzernen wie Shell Hunger, Verfolgung und Tod auf die Tagesordnung setzt. Gleichzeitig gilt: Marcus Omofuma wäre nicht gestorben, wenn Passagiere und Flugpersonal beherrzt eingegriffen hätten. In verschiedenen Fällen wurden so konkret Abschiebungen in Europa verhindert. Der Prozess gegen die drei Beamten endet voraussichtlich am 15. April. Am Tag darauf verstreicht auch die Begutachtungsfrist für die neuen rassistischen Verschärfungen der Bundesregierung ...

8. März: Internationaler Frauenkampftag, 15. März: Internationaler Bildungsaktionstag

Aktiv werden mit der SLP!

Zwei Schwerpunkte dominierten die Arbeit der SLP von März bis Anfang April: Der internationale Frauentag und der Bildungsaktionstag. Auch weiterhin berichten in dieser Rubrik SLP-Mitglieder über die Aktivitäten unserer Ortgruppen, in den Gewerkschaften, der Frauenbewegung und der Jugendorganisation "Sozialistischer Widerstand International" (SWI).

VON FRANZISKA GINNER, SLP WIEN MARGARETEN I

Bereits am Vormittag des 8. März gab es vor den Gymnasien Rahlgasse, Glasergasse, Hegelgasse und Wiednergürtel Kundgebungen. Konkret hiess das im Fall Wiednergürtel für mich eine Unterbrechung der Geschichtsstunde. Im Wissen, dass SLP-lerInnen vor meiner Schule stehen und ordentlich laute Musik aufdrehen (Zitat einer Lehrkraft: So ein Krach da unten, kann man bitte das Fenster zumachen!?) waren die beiden letzten Stunden auch noch zu überstehen. Gut gelaunt, bei sonnigem Wetter, ging's dann zum Schwedenplatz. Mit zwei Infotischen und einer grossen Anlage ausgerüstet wurden PassantInnen über den 8. März informiert. Fast alle SLP-Genossinnen kamen hierbei in den Genuss, mit dem Mikrophon den Vorbeigehenden konkrete Missstände sowie allgemeines über die Situation für sie als Frau mitzuteilen. Die Reden wurden mit Musik aufgelockert und die Diskussionen mit PassantInnen

haben mir als neues Mitglied wieder einmal gezeigt, was für schlagkräftige Antworten GenossInnen auch auf unqualifizierte dumme Aussagen liefern können. Später kamen andere Organisationen und die verschiedensten interessierten Frauen hinzu, um gegen fünf Uhr den Marsch durch die Strassen antreten zu können. Bemerkenswert auf der Demonstration waren wohl für die meisten die TrommlerInnen, die die ganze Zeit hindurch für gute Stimmung sorgten. Waren es die anerkennenden Gesten der Angestellten der Mairo-Klinik oder aber leider auch betrunkene Beisitzenden, wir blieben auf keinen Fall unbeachtet und ungehört! Der Fussmarsch endete mit der Kundgebung am Praterstern. Resultat des Tages: 72 verkaufte Zeitungen, was zusammengerechnet mit verkauften Broschüren und Buttons ganze 145 EUR ausmachte!

INTERNATIONALER BILDUNGSAKTIONSTAG

Genau eine Woche später, am 15. März, war es nach langen Vorbereitungen endlich so weit, der Internationale Aktionstag

unter dem Motto "Save free education" war da. Bereits am Morgen um neun Uhr starteten wir vor der Uni, ab 12.00 hielten wir mehrere Kundgebungen ab. Die GlasergasserInnen machten noch rasch die letzten Plakate, am Wiedner Gürtel wurde das Schulhaus sowie Telefonzellen mit Plakaten verschönert. Ausserdem wurden Flugzettel sowie die von einer Mitschülerin selbst gestalteten Picklerl, unsere Situation mit dem Mangel an Geräten betreffend, verteilt. Die unterschiedlichsten Reaktionen sollten mich bei meiner Rede erwarten. Danach um ca. 14 Uhr sind wir zur Rahlgasse aufgebrochen. Dort trafen wir auf SchülerInnen die bereits mit Musik für Stimmung sorgten. Die Zielscheiben mit Gesichtern von Gehr, Bush und Co. waren sehr beliebt und wurden mittels Dartpfeilen auf's Ärgste durchlöchert. Nach dem Eintreffen der Delegation aus der Glasergasse sprachen noch einige vom Lastwagen aus, um Schülerinnen und Schüler, die sich noch im Schulgebäude befanden, aufzumuntern mitzumachen. Ausserdem wurden dadurch andere junge Leute und EinkäuferInnen von der Mariahilferstrasse auf uns aufmerksam. Am Ring ebenso wie in der Innenstadt sind wir immer wieder auf verschiedene Touristengruppen gestossen, die

zum Teil sehr interessiert waren. Eine Gruppe junger ItalienerInnen hat sich von unserer (Dank Trommelpercussion) guten Stimmung anstecken lassen, dass sie beinahe mitgekommen wären. Mitgekommen wohin? Zum Bundesministerium für Bildung und Kunst, unserem Ziel der Demo. Dort angelangt hiess es nochmals: "Bildung für alle sonst gibt's Krawalle!". Nach einigen Forderungen wurde das grosse Tor geschlossen. Neugierige Menschen streckten aber trotzdem ihre Köpfe aus den Fenstern oder hatten diese zumindest geöffnet. Mit abschliessenden Reden löste sich die Demonstration von unter anderem aus fünf Schulen kommenden jungen Menschen, lang



sam auf. Allerdings mit der Erklärung, am 13. April gegen die Nazis wieder auf die Straße zu gehen!

Spendenkonto: PSK 88.12.733

„Als wäre es illegal, ...

... für seine Rechte einzutreten“

sagte ein Freund zu mir, als ich ihm erzählte, was ich zur Zeit mit einigen KollegInnen in meiner Firma erlebe. Anfang des Jahres beschloss ich mit zwei Kollegen, bei Melzer-Kopie in Wien einen Betriebsrat zu gründen.

VON HARALD MAHRER,
SLP WIENNORD, BR-KANDIDAT

Auf die Informationsveranstaltung, die wir Ende Februar abhielten, kamen etwa 20 KollegInnen, das sind ca. ein Drittel der Belegschaft. Dort stellten wir - inzwischen zu viert - vor, warum und wie wir zu einem Betriebsrat kommen wollten.

Unsere Hauptanliegen betrafen Löhne, Arbeitszeit und -bedingungen, Kündigungen, sowie Information, war doch die Firma gerade in die Insolvenz geschlittert. Nicht nur bei Melzer-Kopie, sondern in der ganzen Branche ohne Kollektivverträge (!), ist es üblich, dass die KollegInnen, nicht wissen, wie viel andere verdienen, da es Einzelverträge gibt und sich so die Höhe der Löhne im Wesentlichen vom Verhandlungsgeschick der/des Einzelnen und vom Good-Will der Geschäftsleitung abhängt. Diesem Willkürprinzip setzen wir das Ziel einer Betriebsvereinbarung entgegen, in der - transparent für alle - Löhne, Arbeitszeiten und dergleichen zumindest mit Mindeststandards geregelt werden.

Wir legten und legen grössten

Wert darauf, zu betonen, dass diese Ziele nur erreichbar sind, wenn sich die Belegschaft nicht einfach auf uns verlässt, sondern uns aktiv unterstützt.

Auf der Versammlung gab es auch Stimmen, die argumentierten, dass die Geschäftsleitung nichts von einem Betriebsrat hielte und sich daher bei Gründung eines solchen die Situation für die Belegschaft verschlechtern würde. Ausserdem bräuchten wir keinen Betriebsrat, da die Geschäftsleitung ohnehin äusserst kulant sei.

Von dieser angeblichen Kulanz sollten wir nichts bemerken. Am darauf folgenden Freitag, dem internationalen Frauentag, erhielt die Kollegin, die mit uns kandidierte, die Kündigung. Trotz Intervention der Gewerkschaft Druck und Papier, bei der Firmenleitung wurde die Kündigung nicht zurückgenommen. Es blieb der Kollegin nichts anderes übrig, als die Kündigung vor dem Arbeits- und Sozialgericht anzufechten. Die Chancen für die Anfechtung stehen gut, da sie sowohl bei der Informationsversammlung als auch in dem Gespräch mit der Geschäftsleitung ihrer Kandidatur ankündigte.

Als der Geschäftsführer die

Klagschrift auf seinem Schreibtisch hatte, zitierte er die Kollegin zu sich und schlug ihr zwei Kolleginnen und einen Kollegen vor, die statt ihr gekündigt werden könnten. Die Kündigungsschreiben waren bereits ausgestellt und unterschrieben. Selbstverständlich lehnte sie ab. Darauf hin rief er die betreffenden FilialleiterInnen an und versuchte, dort eine Zustimmung für die „Ersatzkündigung“ zu erhalten. Auch dort erhielt er Absagen, auch sein E-Mail-Rundschreiben an die restlichen FilialleiterInnen blieb abschlägig beantwortet.

Im Zuge dieser Aktion rief er auch mich an und warnte mich mit drastischen Worten. Als I-Tüpfelchen sprach die Geschäftsleitung noch ein Lokalverbot gegen die gekündigte Kollegin aus. In der Zwischenzeit stiessen weitere KollegInnen zu unserer Gruppe der BetriebsratsanwärterInnen. Wir haben die Wahl des Wahlvorstandes bereits ausgeschrieben und streben die Durchführung der Wahl Anfang Mai an. Natürlich ist das Betriebsklima zur Zeit extrem angespannt. Doch die Geschäftsleitung hat bislang unter Beweis gestellt, wie wichtig eine Vertretung der Belegschaft wäre.

800.000
Stimmen
für „Kampf-
maßnahmen“
- warum
gibt's jetzt
statt Streik
ein Volks-
begehren?



Sozialstaatsvolksbegehren:

Falsche Hoffnung

Vom 3. bis zum 10. April liegt das Volksbegehren „Sozialstaat Österreich“ in ganz Österreich zur Unterschrift auf. Die Organisatoren - ein „überparteiliches“ Personenkomitee - haben die Verankerung des Sozialstaates in der Bundesverfassung zum Ziel. „Das richtige Begehren zur richtigen Zeit“ - meinen zumindest viele UnterstützerInnen. Eine kritische Analyse der Kampagne und der Folgen des Volksbegehrens.

VON FLORENTIN DÖLLER,
SLP MARGARETEN

Hauptanliegen des Volksbegehrens ist die Erweiterung des Artikel 1 der österreichischen Bundesverfassung um einen Absatz, beginnend mit der Aussage: „Österreich ist ein Sozialstaat.“ Weiters wird eine sogenannte Sozialverträglichkeitsprüfung für alle Gesetze gefordert.

FRAGLICHES MITTEL

Die Organisatoren des Volksbegehrens begründen ihre Initiative damit, dass Österreich, neben Grossbritannien, der einzige Staat in der EU ist, in dem die soziale Verantwortung des Staates nicht in der Verfassung festgeschrieben sei. Doch hat diese Verfassungsverankerung die EU-Länder daran gehindert Einsparungen und Kürzungen vorzunehmen? Alle „Richtwerte“ beweisen das Gegenteil: z.B. sind 18 % der EU-Haushalte akut von Armut bedroht. Im reichsten EU-Staat - Deutschland - verfügen die Hälfte der Einwohner gerade einmal über 4,5 % des Gesamteinkommens. „Sozialstaat“ - das ist eben ein dehnbarer Begriff der auch von den Organisatoren des Volksbegehrens nicht näher definiert wird. Das Vertrauen auf die soziale Kompetenz von Verfassungsrichtern, kann nach Meinung der SLP Sozialabbau jedenfalls nicht stoppen. Denn um Einsparungen und Kürzungen verhindern zu können, sind Massenbewegungen nötig. Auch wenn Hunderttausende ArbeitnehmerInnen und Jugendliche aus Protest gegen

den sozialen Kahlschlag das Volksbegehren unterzeichnen, verpufft diese Energie wirkungslos. Nicht zuletzt deshalb, weil dieses Referendum - vor allem von der SPÖ-Spitze zum „Dampfabblassen“ - instrumentalisiert wird.

REGIERUNG OHNE FPÖ UND ALLES WIRD GUT?

Weder SPÖ, nach Grüne, oder gar die Unterstützer aus dem Bereich der Christgewerkschafter vertreten eine sehr simple Forderung: Rücknahme aller Maßnahmen der blau-schwarzen Regierung. Aus gutem Grund: Dieses Volksbegehren ist strategisch als Werbekampagne für eine Regierungskonstellation ohne FPÖ angelegt. In irgend einer Weise wollen die ProponentInnen die Sozialpartnerschaft wieder erstehen lassen. Das bedeutet das Gegenteil eines offensiven Kampfes gegen Sozialabbau. Doch egal welches Farbenspiel konkret umgesetzt werden würde: Jede Regierungskonstellation würde weiteren Sozialabbau betreiben. SPÖ-Spitze, „liberale“ ÖVPLer, grüne Wirtschaftsprofessoren - alle zusammen stellen neoliberale Kernpunkte wie die Pensionsreform überhaupt nicht in Frage. Den Vogel hat Alfred Gusenbauer abgeschossen der nicht nur den Sozialstaat, sondern auch gleichzeitig den Kampfbegriff des Neoliberalismus - das Nulldefizit - in der Verfassung festschreiben will. All diese Kräfte haben vor allem Oeines gemeinsam: Panische Angst vor der Entwicklung von Streiks und Klassenkämpfen.

ÖGB MUSS KÄMPFEN

Der ÖGB ruft massiv auf das Volksbegehren zu unterschreiben, da „dieses die wichtigsten Forderungen der im Herbst durchgeführten Urabstimmung für soziale Gerechtigkeit beinhaltet“ (Solidarität, März 2002). Doch was ist seit der Urabstimmung passiert? Der ÖGB hat in alter sozialpartnerschaftlicher Manier ein neues Abfertigungsmodell ausverhandelt, welches zwar einen Anspruch auf Abfertigung ab dem ersten Tag der Beschäftigung garantiert, im Endeffekt den „Abfertigungstopf“ jedoch schrumpfen lässt und somit weniger Geld für die Summe der ArbeitnehmerInnen zur Folge hat (siehe Vorwärts Nr. 116). Jetzt ruft dieser eben zur Unterstützung des Volksbegehrens auf. Da stellt man/frau sich schon die Frage was mit den 800.000 ArbeitnehmerInnen geschehen ist die im „Notfall für Kampfmaßnahmen“ gestimmt haben. Die SLP meint, dass dieser Notfall schon längst eingetreten ist. Ein aktuelles Beispiel wäre da die Forderung der Wirtschaft nach einer weiteren Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Der ÖGB muss endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Sozialpartnerschaft zu Ende ist und es daher keinen Sinn macht, die Mitglieder auf so etwas wie das vorliegende Volksbegehren zu versträßen. Es ist die Aufgabe des ÖGB eigenständig durch die enorme Kraft der 1,4 Millionen Mitglieder gegen vergangene Sparpakete und für Verbesserungen für ArbeitnehmerInnen wie z.B. eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich oder eine ordentliche Reichtumsbesteuerung, zu kämpfen.

Post-PersonalvertreterInnenkonferenz

Eine vergebene Chance!

Bis 1. Juli will Postgeneraldirektor Wais 648 Postämter schließen. Zusätzlich droht durch eine neue Einsparungswelle ein massiver Personalabbau. Überstunden sollen wesentlich schlechter entlohnt werden. Befristete Dienstverträge werden nicht mehr verlängert, pragmatisierte Postbeamte, die nicht mehr gebraucht werden, sollen in einen „Arbeitskräftepool“ kommen und aus diesen Pool zu verschiedenen Arbeiten herangezogen werden. Grund genug für die Postbediensteten, sich zu wehren.

VON M. GEHMACHER, SLP-
GEWERKSCHAFTSSPRÄCHER

So konnte man auch im Februar immer wieder Streikdrohungen vernehmen. Am 12. März veranstaltete die Postgewerkschaft eine Personalvertreterkonferenz am Wiener Messegelände. Rund 500 PersonalvertreterInnen nahmen an ihr teil. Sie richtete sich aber in erster Linie gegen die Teilung der Post in fünf Teilbereiche, aber nicht gegen die Einsparungen an sich. Statt eine solidarische Konferenz abzuhalten, in der die Betroffenen gemeinsam über Widerstandsaktionen beraten und gegebenenfalls über solche abstimmen, wurde eine hochmoderne „Postshow“ abgezogen. Den Medien wurde, unterstützt von einer Videopräsentation, das Schicksal der Postler vorgeführt. Der hochmoderne Ablauf konnte aber nicht über die Selbstherrlichkeit der Gewerkschaftsspitze hinwegtäu-

schen. Unmittelbar vor der Konferenz wurde dem Postsprecher des Gewerkschaftlichen Linksblocks (GLB) - Robert Hobek - das Verteilen von GLB-Flugblättern verboten und mit „Konsequenzen“ gedroht. Angesichts der engen Verbindung zwischen Postmanagement und Gewerkschaft, ist das nichts, was man so leicht wegstecken kann. Nach dem Einstiegs-Film durfte nicht nur der Fraktionsschefs Gerhard Fritz (FSG und Gewerkschaftsvorsitzender) das Wort ergreifen. Auch Privilegienritter Manfred Wiedner (FCG, er war schon der Stellvertreter des alten Gewerkschaftsvorsitzenden Dörfler und hat trotz Spitzengage den Skandal politisch überlebt) kam sofort zu Wort. Und auch Johann Weinberger (freiheitliche Arbeitnehmer) konnte ausreichend das Management verhöhnen. Alle drei erwähnten kein

einziges mal, dass dieses Management im Auftrag der Regierung arbeitet. Es wurde schlicht und einfach für verrückt erklärt. Die abgesprochenen Berichte aus den Bundesländern brachten für Nicht -Eingeweihte tatsächlich Ungeheuerliches zu Tage. Ein oberösterreichischer Personalvertreter brachte die Idee einer Demonstration zum Finanzministerium auf. Fritz kündigte daraufhin Verhandlungen mit dem Management bis April an. Wortmeldungen und Abstimmungen gab es keine! Daher verlangten wir, gemeinsam mit den GLB-Vertretern lautstark eine Abstimmung über den oberösterreichischen Vorschlag. Wir wurden vom Gewerkschaftsvorsitzenden als „linke Chaoten“ abgetan und die Versammlung wurde schnell aufgelöst. Viele PersonalvertreterInnen zogen ratlos in die anliegenden Praterwirthäuser ab. Eine wichtige Chance für Widerstand wurde von der Gewerkschaftsführung vertan. Wieder einmal hat sich gezeigt wie wichtig der Aufbau einer klassenkämpferischen und demokratischen Gewerkschaftsopposition ist.

EU-Osterweiterung? Die sozialis

'Die Erweiterung bedeutet nichts anderes als die Vereinigung Europas, also die durch den Kalten Krieg verzögerte Vollendung des europäischen Einigungswerkes.' Lesen sie diesen Satz ruhig öfters durch. Er stammt von der Homepage des österreichischen Außenministeriums. Tatsächlich hat nicht der kalte Krieg, sondern die Weltwirtschaftskrise, der Faschismus und der 2. Weltkrieg alle Illusionen vom friedlichen, kapitalistischen Europa in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wie eine Seifenblase platzen lassen. Schliesslich blieb vom europäischen Einigungswerk nur der Versuch des Nazi-Regimes, den Kontinent durch Versklavung und Vernichtung zu 'einigen', übrig. Stärker als je zuvor, wird seit zehn Jahren die demokratische Vereinigung Europas durch die EU-Osterweiterung beschworen. Die SLP ist der Überzeugung, dass dieses Projekt auf der Grundlage des kapitalistischen System, das bereits für den II. (und I.) Weltkrieg verantwortlich war, scheitern wird. Dieser Artikel beantwortet aus sozialistischer Sicht die Fragen: Worum geht es bei der Osterweiterung? Wer profitiert? Welche Gefahren gibt es für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Ost und West? Und was ist die Alternative?

VON FRANZ BREIER JUN.,
SLP-WIEN MITTE

Der derzeitige Plan für die Erweiterungsphase umfaßt von den osteuropäischen Ländern für 2004 Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn, Lettland, Litauen, Estland und Polen. Rumänien und Bulgarien wurden von der EU-Kommission kürzlich um 4 Jahre zurückgestuft. Das sind die 10 MOELs (Mittel- und Osteuropäischen Länder). Für die Insel Malta ist es sehr wahrscheinlich, beim geteilten Zypern und der Türkei spielt u.a. der Konflikt mit Griechenland eine komplizierende Rolle. Eine um die 10 osteuropäischen Staaten erweiterte EU würde 500 Millionen Menschen, damit den größten Binnenmarkt der Welt umfassen. Das vorhandene Wohlstandsgefälle würde sich durch diesen geeinten Markt angleichen. Soweit die offizielle Darstellung. Die Wirklichkeit ist freilich komplizierter und anders.

DIE WELT IN DER WIR LEBEN: KRISE UND KRIEGSGEFAHR

Die Homepage der Aussenministerin vergleicht die Erweiterung mit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zwischen Frankreich und Deutschland vor 50 Jahren. In der Tat befinden wir uns in einer Periode von bedeutenden globalen Veränderungen. Die Weltlage heute unterscheidet sich von der in den 1950ern aber wesentlich: Die Weltwirtschaft befindet sich im Niedergang. Wir stehen derzeit am Beginn einer längeren Periode von Rezession/Depression und blutleeren kurzen 'Aufschwüngen'. Nach dem Weltkrieg bot die unvorstellbare Vernichtung von Produktionsmitteln und damit der Wiederaufbau dem Kapitalismus die Möglichkeit zu längerfristigem Wachstum - und damit auch Spielraum und Sinn für die EU bzw. deren Vorläufer. Entwickelte sich mit dem Kalten Krieg ein zumindest in den kapitalistischen Zentren relativ stabiles Gleichgewicht (jahrzehntelang ohne Kriege in Europa), ist die Welt heute von wachsender Instabilität - auch in den imperialistischen Ländern gekennzeichnet. Die Dominanz der USA ändert daran nichts - im Gegenteil. Der Zerfall von Staaten, Krieg und Bürgerkriege schlägt hohe Wellen bis auf den

westeuropäischen Kontinent. Kriege und Kriegsgefahr nehmen zu. In Washington spricht man erstmals von einem möglichen 'kleinen' Atomkrieg gegen 'Schurkenstaaten'. Der Erweiterungs-Plan wurde mit dem Beschluß der Kopenhagener Kriterien 1993 zu einem Zeitpunkt in Angriff genommen, als sich die Bourgeoisie weltweit in einer Offensive befand und nach dem Zusammenbruch des Stalinismus ihre eigene Propaganda selbst glaubte, der Kapitalismus könnte eine kontinuierliche und friedliche Aufwärtsentwicklung nehmen. Ein völlig anderes Bild bot der EU-Gipfel in Nizza Ende 2000: Die einstige Achse Deutschland-Frankreich ist gebrochen, die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums spürbar, nationalistische Empfindlichkeiten deutlich.

DAS DILEMMA DER EU

1952 kam es mit einer Serie von Wirtschaftsverträgen zur Grundsteinlegung der späteren EG und EU. Deutschland, Frankreich und Italien (als Anhang die Benelux-Länder) versuchten gemeinsam, die Schwerindustrie anzukurbeln. In den bisher drei Erweiterungsphasen kamen Britannien (1973), die südosteuropäischen Länder in den 80ern sowie 1995 Schweden, Finnland und Österreich hinzu. Doch diese Einigung, erst recht mit den Schritten zur Euro-Währung, gemeinsamer Verfassung und bundesstaatlicher Struktur, hat ihre systembedingten Grenzen. Die EU-Länder (v.a. Deutschland, Frankreich, Britannien, Italien) sind einerseits gezwungen, in der Konkurrenz zu USA und Japan/Asien zusammenzurücken und einen Block mit einheitlicher Währung und großem internen Markt zu bilden. Andererseits existieren ebenso Widersprüche zwischen den europäischen imperialistischen Staaten. Die EU kann nicht die durch den besonderen Werdegang und den nordamerikanischen Bürgerkrieg entstandene Struktur der USA imitieren. Auch der Euro ist kein EU-Dollar, da die Interessen der nationalen Notenbanken in Krisenzeiten das gemeinsame Projekt des größten Binnenmarktes überlagern werden. Der kapitalistische Nationalstaat gerät zusehends in Konflikt mit dem System globaler Produktion und Verteilung. In

diesem Dilemma befinden sich auch die EU-Staaten. Die tatsächliche und friedliche Einigung Europas ist unter dem 'kapitalistischen Besitzstand' unmöglich.

KONJUNKTURSTÜTZE?

Im letzten Jahrzehnt hat sich der österreichische Außenhandel mit den MOELs mehr als verdoppelt. Für den österreichischen Kapitalismus, den größten Exporteur von Kapital nach Slowenien, ist dieser Markt wichtiger als Japan. Für die wichtigste EU-Wirtschaftsmacht Deutschland gilt dies umso mehr. Laut einer Pressemitteilung des Wirtschaftsministers von Nordrhein-Westfalen hat das bevölkerungsreichste Bundesland mit Osteuropa einen höheren Außenhandel als mit den USA. Angesichts der Rezession (in Deutschland nun offiziell seit Mitte letzten Jahres) ist es klar, warum der Minister die Osterweiterung als 'Konjunkturprogramm' für den Westen postuliert.

MODERNER KOLONIALISMUS

Die verstärkte Ausbeutung Osteuropas geschieht unter den Vorzeichen einer 'Marktwirtschaft ohne Vorzeichen'. Internationale Konzerne und willige politische Vollstrecker haben in den Reformstaaten begonnen Privatisierungen und Stilllegungen, Steuerbegünstigungen und Subventionen für Unternehmen, Deregulierung und Stellenabbau im Öffentlichen Dienst umzusetzen. All diese Punkte sind auch Bestandteile der Verhandlungskapitel. Lohndumping wird für die westeuropäischen Beschäftigten in eine Folge sein. Die Kapitalisten werden - noch - stärker mit Produktionsverlagerung drohen und 'Opfer' einfordern. Das ist der eigentliche Inhalt der Beitrittskriterien. Das meint die EU, wenn sie vom 'gemeinschaftlichen Besitzstand' spricht, zu dessen Übernahme sich jeder neue Mitglieds-Staat verpflichten muß. Die westlichen Unternehmen werden noch bessere Möglichkeiten vorfinden, die Rosinen herauszupicken, Rohstoffe und menschliche Ressource unmittelbarer ausbeuten zu können. Das Lohngefälle im Raum von EU- und Beitritts-Staaten beträgt heute 1:7! Nur für wenige Fachkräfte wird es Aufenthalts- und Arbeits-



Ferrero-Waldner: Erpicht auf modernen Kolonialismus

bewilligungen geben, die große Mehrheit der ArbeitnehmerInnen wird von der 'Erweiterung' nicht profitieren. Abgesehen von einzelnen Investitionen in die Produktion (VW/Skoda in Tschechien), die vorübergehend in Teilbereichen den Arbeitsmarkt entspannen könnten, wird die Tendenz der De-Industrialisierung weitergehen.

DER IMPERIALISMUS UND SEINE JUNIORPARTNER

Der EU-Kapitalismus bzw. die führenden nationalen Teile streben an, die herrschenden Eliten Osteuropas (allen voran die 'Musterschüler') zu ihren Juniorpartnern zu machen. Diese sind - trotz gewisser unausgeklärter Konflikte - dazu bereit. Ein Zeichen dafür ist die rasche Annahme der deutsch/österreichischen Forderung nach einer mehrjährigen Übergangsfrist für den freien Personenverkehr; die offizielle Sprachregelung: 'zum Schutz des Arbeitsmarktes'. Nun, diese Regelung schränkt weder die Regierung noch etwa die ungarischen Kapitalisten ein, geschweige denn das westliche Kapital, Osteuropa als verlängerte Werkbank zu mißbrauchen. Bezeichnend ist darüber hinaus, dass der Versuch Ungarns, ebensolche Übergangsfristen für den Erwerb ungarischen Bodens durch ausländische Investoren zu erhalten, von Brüssel sofort abgeblockt wurde. Diesen März hat auch die polnische Regierung (laut Erweiterungs-Kommissar Verheugen 'unerwartet') in der Frage des Ankaufs von Anbauflächen durch ausländische Agrar-Investoren ihr O.K. gegeben. Im Fall der Benes-Dekrete äußerte sich die ungarische Regierung zur Unterstützung der reichen Forderungen aus Österreich und Deutschland. Ein ande-

rer Aspekt ist die regelrechte militärische Besetzung dieser Staaten durch den westlichen Imperialismus im Rahmen der NATO. Bulgarien zum Beispiel erlaubte jetzt zum ersten Mal in der Geschichte die Benutzung des Landes als Militärbasis für fremde Truppen. Was die USA dort dürfen, sei vorher niemanden gestattet worden - "auch nicht den Sowjets", wie der bulgarische Außenminister Passy betonte ("Die Presse" 27.3.2002).

MAFIA-KAPITALISMUS SEIT DER 'WENDE'

Dem Zusammenbruch des Stalinismus folgten De-Industrialisierung und die Herrschaft korrupter, mafia-ähnlicher Wirtschafts- und Politik-Cliquen. Die EU-Kommission ist sich diesen Zustands ihrer Partner voll bewußt und spricht dies auch in ihren Berichten an. Doch 'besorgniserregende ... Wirtschaftskriminalität', 'Korruption' und 'Demokratiedefizite' sind für die EU keine absoluten Hindernisse. Warum auch, Korruption ist auch ein in der EU gang und gäbe und Demokratieabbau wird z.B. gegen die antikapitalistische Bewegung selbst durchgeführt. Die kapitalistische Restauration in Osteuropa brachte darüber hinaus (sieht man von Nordirland ab) die ersten Bürgerkriege seit Jahrzehnten auf europäischen Boden zurück.

KAPITALISMUS BEDEUTET MASSENLEND

'Vorzeigeschüler Ungarn: Das Land der drei Millionen Bedürftigen' lautet die Überschrift eines Artikels in der Presse vom 20.3.2002. "Nahezu ein Drittel der ungarischen Gesellschaft lebt in Armut. Die Politik mach wenig Anstalten,

das Los der Bedürftigen zu verbessern." schreibt die konservative Tageszeitung weiter. Die Durchschnittspension beträgt in unserem östlichen Nachbarland etwa EURO 130,- (ATS 1.800). Einige weitere Zahlen lassen die soziale Tristesse Osteuropa erahnen: Die Pro-Kopf-Kaufkraft in Polen beträgt 39% des EU-Schnittes. (Standard, 08.2001). Den offiziell durchschnittlich 17% Armen in der EU stehen 30% in Slowenien und 'Spitzenreiter' Lettland mit 92% gegenüber. Bis auf Ungarn und Polen ist die Wachstumsrate des Index der Industrieproduktion in allen MOELs negativ. Die Säuglingssterblichkeit schnellte in den 90ern auf den bis zu vierfachen Wert hoch. (Quelle: eurostat 2001) Die Lage der ostdeutschen Bevölkerung (dreifach höhere Arbeitslosigkeit als im Westen!) ist nicht viel besser. Für Osteuropa gilt, was die Presse im erwähnten Artikel über die Armut in Ungarn feststellt: "Die Ursachen hierfür liegen vornehmlich im ökonomischen Transformationsprozeß" nach 1989 verborgen.

DIE KAPITALISTISCHE BILANZ IST NEGATIV! UND DIE ZUKUNFT?

Die Wachstumsraten eines weiteren "Musterschülers" - Tschechiens - wurden von der EU-Kommission ursprünglich im Jahr 2001 auf immerhin 3,5 bis 4 % geschätzt. Selbst dieser Wert wäre viel zu wenig: Um bis 2015 auf EU-Niveau aufzuschließen, wären mindestens 5% bis 9% Wachstum nötig ('The Guardian' vom 1.12.2001). Die weltweite Rezession war in der Kommissions-Prognose noch gar nicht berücksichtigt. Die osteuropäischen Bewerberländer umfassen 33% der Landfläche und 28% der EU-Gesamtbevölkerung. Doch der Anteil am Gesamt-BIP der EU (Summe aller produzierten Güter und Dienstleistungen) beträgt nur ca. 5% bis 7% (verschiedene Quellen). Nach einer Erweiterung wären laut EU-Kommissions-Bericht 60% der Bevölkerung von Förderungszahlungen abhängig. Schon die Kosten der deutschen Wiedervereinigung wurden drastisch unterschätzt. Weder die EU noch die Bourgeoisie einzelner Staaten werden - trotz mancher Sonntagsreden - die volle Zeche zahlen. Mittels Sozialabbau und Erhöhungen der Massensteuern wird versucht werden, alles auf die ArbeiterInnenklasse abzuwälzen.

STOLPERSTEIN GAP

Die Wiedervereinigung Deutschlands hat das Kräfteverhältnis mit Frankreich verändert. Berlin sucht immer öfter kurzfristige Bündnisse mit Britannien, Italien oder Blöcken kleinerer Staaten. Ein deutlicher Konflikt dreht sich dabei um die

stische Antwort

Agrarförderungen: Deutschland ist der größte Nettozahler, Frankreich das wichtigste Empfängerland. Die 'Gemeinsame Agrarpolitik' (GAP) ist ein Knackpunkt. Die Mittel aus Struktur- und Agrarfonds umfassen 80% des EU-Haushalts. Die ehemalige ultra-reaktionäre britische Premierministerin Thatcher fordert den Ausstieg Britanniens aus der GAP. Die britischen Konservativen haben traditionell eine stärkere Bindung mit den USA als mit dem Kontinent. Aber obwohl Thatcher nicht den führenden Flügel der britischen Tories vertritt, steht sie nicht alleine da. Die Niederlande und Dänemark haben kürzlich mit einer Initiative zur Kürzung der Förderungen Spanien und Frankreich (größter Netto-Empfänger) erbost, die Financial Times Deutschland spricht sogar vom 'unnötigen Subventionsregime', das auszu-laufen hat.

SOZIALE UMWÄLZUNGEN

Die Fortsetzung dieser Politik nach der Erweiterung 2004 ist für die EU unmöglich. Die Erweiterung würde diese Kosten um mindestens 27% steigern. Die EU-Kommission will den Beitrittskandidaten gerade mal 10%-15% der derzeitigen Fördermittel innerhalb der EU zugestehen. Gleiche Rechte gibt es auch hier nicht. Der Stand der Beitrittsverhandlungen beweist das: Beitrittsweber würden im ersten Jahr "Nettozahler" sogar sein, schreibt die Presse vom 23/24.3.2002. 18% der erwerbstätigen Bevölkerung sind in der polnischen Landwirtschaft beschäftigt (bei offiziell 16% Arbeitslosigkeit), während nur 3,9% des BIP erwirtschaftet werden. Ein deutscher Wirtschaftsberater fasst die Perspektive für die osteuropäische Landwirtschaft zusammen: Aufgrund des Lebensmittel-Überschusses 'braucht keiner die polnischen Produkte'. Zynisch seine 'Lösung': 'Die sollen doch lieber in den Vorruhestand gehen' (Spiegel 1.2.02).

MEHRERE EUROPAS

Der Zusammenbruch des Stalinismus hat zur Auflösung des inneren Zusammenhalts des westeuropäischen Kapitalismus beigetragen. Die wirtschaftlich engen Spielräume tun ihr übriges, ein Europa der zwei, drei, vier Geschwindigkeiten zu formen. Die Osterweiterung wird die EU vor dem Hintergrund verändern, dass die beiden Hauptmächte des kontinentalen Europas, Deutschland und Frankreich, immer öfter getrennte Wege gehen werden. Das zeigt sich auch am Verständnis der Osterweiterung: Für Frankreich und die Netto-Empfänger steht im Vordergrund, die eigenen Förderungen zu verteidigen, für Deutschland und Co. der Zugriff

auf die Ost-Märkte. Schon von Beginn des Erweiterungsprozesses an, sind die Kandidatenländer mit einer Nebenrolle bedacht. Im geplanten EU-Konvent sollen sie anfangs überhaupt ohne Stimmrecht sein. So wie im Kapitalismus die ihm innewohnende Konkurrenz zum Kampf um Märkte und letztlich zum Sieg des Stärkeren über den Schwächeren führt, bedeutet dies für die kapitalistische Politik, dass die stärkere nationale Bourgeoisie danach strebt, ihre Position ebenso zu festigen. Eine Vereinigung Europas wird erst dann möglich sein, wenn die zugrundeliegende Profitwirtschaft global überwunden wurde.

REAKTIONÄRE GEGENTENDENZEN

Das EU-Projekt steht unter wachsendem Beschuß von innerhalb der EU. Allerdings sind es (noch) nicht die ArbeiterInnen, die europaweit diese Unordnung ins Wanken bringen. Die rechtspopulistischen, nationalistischen Kräfte vom Schlage einer FPÖ, der italienischen Lega Nord, der britischen reaktionären Ex-Premierministerin Thatcher, sind die Vorboten einer in der Krise wachsenden Tendenz der bürgerlichen Eliten hin zum nationalistischen Rückzug, zur Abschottung, zur Des-Integration des 'europäischen Einigungswerks'. Diese Tendenzen reichen bis in die führenden Kreise: Die Forderung nach Übergangsfristen für Reisefreiheit und die freie Wahl des Arbeitsplatzes kam vom deutschen SPD-Kanzler Schröder, der die Interessen des deutschen Kapitals ausdrückt. Er argumentierte mit dem 'riesigen Wohlstandsgefälle', doch verschweigt er, dass der moderne kapitalistische Raubzug diese Kluft vergrößern wird. Das deutsche 'Spiegel'-Magazin verglich Schröders Populismus mit dem Haiders. Das Thema Osterweiterung birgt die größte Sprengkraft für die blau-schwarze Koalition. Überrascht es, dass die FPÖ dazu auf ihrer Homepage keinen offiziellen Standpunkt vertritt? Zu gespalten ist die Partei zwischen dem 'pragmatischen' Regierungsflügel sowie Haider mit seinem rechtsextremen Populismus. Der derzeitigen öffentlichen Diskussion fehlt vor allem eines: ein alternativer sozialistischer und internationalistischer Gegenstandpunkt zu Wirtschaftskammer und Kronen-

Zeitung. Die EU-Politik zusammengefaßt: Grenzenlose Freiheit für das Kapital - Einschränkungen und Rassismus für ArbeitnehmerInnen. Die Politik der rechten Reaktion zusammengefaßt: Rückzug und Schutz des nationalen Kapitals - Einschränkungen und Rassismus für ArbeitnehmerInnen. Das sind Alternativen von Kopf- oder Zahnschmerzen!

INTERNATIONALISMUS

Unabhängig davon, ob die herrschenden Politiker gerade die Einigung der EU oder die nationalen Interessen betonen: Die ArbeiterInnen-Bewegung muß ihren eigenen Standpunkt entwickeln, unabhängig von EU-Kommission und nationalistischer Schrebergärtnerei. Die FPÖ mißbraucht für ihr reaktionäres Gesellschaftsbild die berechtigten sozialen Ängste von Beschäftigten und Arbeitslosen. Die derzeitige anti-tschechische Hetz-Kampagne von FPÖ und Kronen-Zeitung ist ein Vorgeschmack auf kommende Auseinandersetzungen. Kann die ArbeiterInnen-Bewegung keine politische Alternative aufbauen, wird die Reaktion gegen die Krise des Kapitalismus in der EU in diese nationalistische Bahnen und nach rechts gelenkt werden.

GEWERKSCHAFTEN

Die Interessen der Belegschaften in Ost und West könnten von einer gesamteuropäischen Gewerkschaftsbewegung vertreten werden. Beginnend bei einer Kampagne für einen europaweiten Mindestlohn und der Angleichung des Lohnniveaus nach oben, über den Kampf gegen Flexibilisierung und Privatisierung, mit länderübergreifenden

Blockademaßnahmen gegen die Verlagerung von Produktion bis hin zu anti-rassistischen Kampagnen. Der ÖGB hängt sich mangels einer internationalen und kämpferischen Perspektive in seiner Politik an die reaktionären Positionen der FPÖ an. Er stellt die Belegschaften der verschiedenen Länder als die gegenseitigen Konkurrenten dar. Anstatt anhand der eingeschränkten Reisefreiheit bei gleichzeitiger Schrankenlosigkeit des Kapitals die arbeitnehmerInnen-feindliche Politik der EU herauszufordern, stimmt er in den Chor der Übergangs- und Sperrfristen ein. Der Mangel an einer unabhängigen ArbeiterInnen-Politik führt zum Nachbeten bürgerlicher Standpunkte.

SOZIALISTISCHE POLITIK IN DER PRAXIS:

Die Erweiterung wird auf marktwirtschaftlicher Grundlage zur Enttäuschung aller Hoffnungen auf höhere Lebensstandards und technologische Verbesserungen für osteuropäische ArbeiterInnen und Jugendliche führen. Die wirtschaftliche Krise führt innerhalb der europäischen Bürgerlichen zur Stärkung nationalistischer und populistischer Kräfte, die die sozialen Ängste von ArbeitnehmerInnen für ihre Hetze mißbrauchen. Gerade in Österreich ist das Auftreten gegen FPÖ und Co. die Aufgabe für SozialistInnen. Unsere Antwort muß in einem internationalistischen und gewerkschaftlichen Widerstand gegen das Europa des Kapitalismus liegen. In den betroffenen osteuropäischen Ländern unterstützen wir jene Kräfte, die im Interesse

der ArbeiterInnen und Jugendlichen für eine Alternative zur bürgerlichen Politik von Deregulierung, Sozialabbau und Privatisierungen stehen. Trotz aller Rhetorik: die herrschenden Klassen in den osteuropäischen Ländern sind Juniorpartner des deutschen, österreichischen und EU-Kapitals. Wir formulierten schon in der gemeinsamen Erklärung der tschechischen und österreichischen Sektionen des CWI zu 'Benes-Dekreten, Temelin und Osterweiterung' vom Februar 2002: Wir unterstützen unsere tschechische Schwesterorganisation 'Socialisticka alternativa Budoucnost' (Die Zukunft) bei der Forderung nach einem demokratischen Referendum in Tschechien über den EU-Beitritt.

- ✓ ANSTATT DER EU-ERWEITERUNG DES KAPITALS: FÜR EIN EUROPA DER ARBEITNEHMERINNEN UND JUGEND.
- ✓ NEIN ZUM GEGENEINANDERAUSSPIELEN VON BELEGSCHAFTEN IN OST UND WEST; Z.B. BEI DEN KONZERNEN BILLA ODER SEMPERIT-BARUM-CONTINENTAL.
- ✓ FÜR EINE OFFENSIVE FÜR EUROPaweit EINHEITLICHE MINDESTLÖHNE UND EINE ARBEITSZEITVERKÜRZUNG BEI VOLLEM LOHN IM INTERESSE DER BESCHÄFTIGTEN.
- ✓ STATT DER GRENZEN LOSEN FREIHEIT DES KAPITALS FORDERN WIR: WEG MIT ALLEN RASSISTISCHEN GESETZEN UND EINSCHRÄNKUNGEN DER REISEFREIHEIT - GLEICHE RECHTE FÜR ALLE, DIE HIER LEBEN UND ARBEITEN WOLLEN
- ✓ FÜR EINE GEMEINSAME KAMPAGNE ALLER EUROPÄISCHEN GEWERKSCHAFTEN, UM DIESE FORDERUNGEN UMZUSETZEN.
- ✓ STATT SCHLIEBUNGSWELLEN UND ARBEITSPLATZ-VERNICHTUNG: FÜR DIE ÜBERFÜHRUNG DER GROßEN KONZERNE, DER SCHWERINDUSTRIE UND BANKEN IN GESELLSCHAFTLICHES EIGENTUM UNTER DEMOKRATISCHER KONTROLLE UND VERWALTUNG DURCH DIE BESCHÄFTIGTEN.
- ✓ DIE EU KANN NICHT REFORMIERT WERDEN. DESHALB: FÜR DIE VEREINIGTEN SOZIALISTISCHEN STAATEN VON EUROPA AUF DEMOKRATISCHER GLEICHBERECHTIGTER GRUNDLAGE ALS SCHRITT ZU EINER NEUEN WELTORDNUNG.

60 km von Wien:
Durchschnittspension
130 Euro in Ungarn



Die Wehrmachtsausstellung in Wien

Tabubrüche begehen

„Was für England Indien war, wird für uns der Ostraum sein.“ mit dieser Absichtserklärung stellte Hitler 1941 fest, dass er die Kolonialisierung des Ostens plant. Die Wehrmacht sollte das Hauptinstrument sein, um einen rassistisch legitimierten Eroberungs- und Vernichtungskrieg zu führen. In einem Befehl des Oberkommando der Wehrmacht heißt es: „Die Truppe muss sich darüber im klaren sein, dass der Kampf von Rasse zu Rasse geführt wird, und mit nötiger Schärfe vorgehen.“

VON JAKOB ROSENBERG,
SLP-MARGARETEN I

Die ursprüngliche Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44“ machte zwischen März 1995 und November 1999 in 33 deutschen und österreichischen Städten Station. Rund 850.000 Menschen haben die Ausstellung gesehen. 1433 Fotos (größtenteils von beteiligten Soldaten selbst geschossen) dokumentierten Verbrechen der Wehrmacht an drei zentralen Kriegsschauplätzen, dem Balkan, Weißrussland und in der Sowjetunion.

VERNICHTUNGSKRIEG

Der Krieg, zuerst gegen Polen und vor allem gegen die Sowjetunion, unterschied sich von allen bisherigen Kriegen: Vom ersten Tag an waren Kriegsverbrechen die „Normalität“. Der sogenannte Kommissarbefehl des Oberkommando der Wehrmacht befiehlt die sofortige Tötung von politischen KommissarInnen. Allein dieser Befehl drückt den Vorsatz für spätere Verbrechen aus. Über 2 Millionen sowjetische Kriegsgefangene starben in deutscher Gefangenschaft zwischen Sommer 1941 und Frühling 1942. Entscheidende Schritte Richtung Holocaust wurden damit gesetzt: z.B. wurden Massenvergassungen im Zusammenhang mit dem „Russlandfeldzug“ erstmals durchgeführt. Auch der Mord an sechs Millionen JüdInnen ist ohne die Präsenz und Unterstützung der bei weiten größten Institution des NS-Staates - der Wehrmacht - undenkbar.

MASSAKER AM BALKAN

Den Balkanfeldzug prägten Täter aus Österreich: Hier gab es den höchsten Anteil von Österreichern an Mannschaft und Offizieren. Wenige Tage nach der Kapitulation Jugoslawiens (April 1941) wurden in Pancevo 18 Personen erschossen und weitere 18 gehängt und drei Tage lang zur Abschreckung ausgestellt. In einem Wehrmachtsbefehl heißt es: „Tritt in einem Gebiet eine bewaffnete Bande auf, so sind auch die in der Bande ergriffenen wehrfähigen Männer zu erschließen...“ - eine Anordnung die noch vor der entsprechenden Weisung Hitlers erfolgte. Im sogenannten Geiselmordbefehl der Wehrmacht hieß es: „Als Sühne für ein deutsches Soldatenleben muss in diesen Fällen im allgemeinen die Todesstrafe für 50-100 Kommunisten als angemessen gelten. Die Art der Vollstreckung muss die abschreckende Wirkung noch erhöhen.“ Der kommandierende General in Serbien Franz Böhme - ein österreichischer Offizier - radikalisierte diese Befehle weiter: Im Oktober 1941 führte das zu der standrechtlichen Erschießung von 7000 Geiseln in Kragujevac, unter ihnen über 300 SchülerInnen und 18 Lehrende des Stadtgymnasiums. Die Wehrmacht war am Balkan die zentrale Stütze für die Politik die zur Vertreibung von 160.000 und der Ermordung von 200.000 SerbInnen führte.

DIE DEBATTE

Kaum eine Ausstellung hat im deutschsprachigen Raum für so viel Gesprächsstoff gesorgt, wie die Wehrmachtsausstellung des

Hamburger Instituts für Sozialforschung. Die Ausstellung hatte einen Tabubruch begangen. Die Abgrenzung der „sauberen“ Wehrmacht zu anderen Verbänden (wie z.B. der SS) wurde relativiert. Die Hauptthese, dass die Wehrmacht ein Hauptinstrument in einem verbrecherischen Krieg war, wurde bewiesen. Der Aufschrei gegen die Ausstellung war laut, rechtsextreme Gruppen mobilisierten ebenso dagegen wie rechts-konservative Parteien und Medien. Unter dem Druck der Proteste wurde die Ausstellung einer Prüfung durch eine HistorikerInnenkommission unterzogen, jedes einzelne Foto wurde überprüft. Auch ein Promillesatz an falsch zugeordneten Bildern ändert an der Grundthese über die Wehrmachtsverbrechen nichts. Trotzdem: Eine völlig neue Ausstellung wurde konzipiert, sie soll - lt. den Verantwortlichen - weniger polarisieren. Doch darin bestand die Stärke und Wirksamkeit der alten Ausstellung. In der Abteilung „öffentliche Auseinandersetzung“ fehlen weitgehend Artikel von links. Ebenso werden Fragen der Verbindung zwischen ökonomischen, strategischen, antisemitischen und rassistischen Motiven des deutschen Kapitals, der Nazielite und des Militärs weitgehend ausgeblendet.

Ausstellung:

„Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-44“
9. April bis 6. Mai
Wr. Sempelpark der Akademie der bildenden Künste
Lehargasse 6-8; 1060 Wien

Woman - die neue Frauenzeitung?

Jung , dynamisch ...?

„Woman“, ein erst kurz erscheinendes „Magazin für die Frau von heute“ enthält wie alle anderen Frauenmagazine auch, viele „Tipps“, die den Frauen zeigen sollen, wie sie ihr Leben zu meistern haben. Ziel dieses relativ neuen bürgerlichen Mediums ist es gesellschaftlichen Druck auf Frauen auszuüben. Frau soll von sich darauf konzentrieren den Mann glücklich zu machen, wie sie sich kleiden muss, wie sie erfolgreich wird etc., damit sie den Sozialabbau, der Frauen besonders hart trifft, nicht wahrnehmen.

VON MARGARITA DÖLLER,
SLP-WIEN NORD

Schon im jugendlichen Alter von ca. 10 Jahren beginnen hauptsächlich Mädchen mit dem regelmäßigen Kauf von sogenannten „IN-Magazinen“ wie zum Beispiel

Models, Schauspielerinnen etc. nachzuahmen und untereinander in Konkurrenz zu treten. Wer ist schlanker und wer trägt die teureren Klamotten (?), das sind die Fragen, von der die Beliebtheit abhängt. Die Verbreitung dieses Schönheitswahn ist eine der



Frauen sind attraktiv und machen Haushalt und Job mit der linken Hand - die Perspektive von „woman“?

„Mädchen“, „Girl“ und „16“. Sie finden darin die neuesten Modetrends, Make-up-News, Schnellidäten, Beautytipps, was Jungs denn nun wirklich wollen und noch weitere „wichtige“ Tipps.

WOZU DAS GANZE?

Diese Frage lässt sich schnell beantworten. Dahinter steckt das gesellschaftliche Schönheitsideal, das bereits jungen Frauen aufgezungen wird. Sie sollen lernen die meiste Zeit damit zu verbringen, berühmte (schlanke!)

„Aufgaben“ solcher Zeitschriften. Natürlich wird das nicht so offensichtlich gemacht. Die bürgerliche Presse verpackt das Ganze unter dem Begriff „Schlank fühlt frau sich wohler. Wir helfen ihnen dabei!“

„WOMAN“,

DIE HILFE FÜR DIE FRAU?

Mit Beilagen wie „so stärken sie ihr Selbstvertrauen“, wird versucht Frauen vorzumachen, dass sie verstanden und unterstützt werden. Glasklar für mich ist jedoch, dass Magazine wie

„Woman“, „Wienerin“, „Amica“ etc. den Frauen weismachen wollen, dass sie selbst Schuld sind an Problemen in der Familie und mit dem Partner, der eigenen Arbeitslosigkeit usw. Sie sind es, die ihre eigenen Bedürfnisse zurückstecken müssen, um die der anderen zu befriedigen.

SCHÖNHETSWAHN BEDEUTET GEFÄHR

Besonders gefährlich ist die andauernde Konfrontation von jungen Mädchen mit der „Idealfigur“ einer Frau, die fast auf jedem Werbeposter zu finden ist. Nicht selten sind diese „Traummaße“ gar nicht natürlich, sondern durch Computerprogramme geschaffen worden. Außerdem sind viele dieser Models unterernährt, wie eine amerikanische Studie festgestellt hat. Bei 11 Models wurde der Bodymaßindex (Körpergröße zum Quadrat : Körpergewicht) ausgerechnet und bei 8 von ihnen war er unter der 18 (das bedeutet sehr stark untergewichtig). Vor allem junge Mädchen sehen diese Models nicht nur in der Werbung, sondern auch eben in fast allen Frauenzeitschriften, auf der Titelseite oder bei der Präsentation neuer Modetrends. Darüberhinaus merken Mädchen, wie Jungs und Männer diese Models anziehend finden. Junge Frauen fangen an Schlankheit mit Attraktivität gleichzusetzen und assoziieren damit außerdem beruflichen Erfolg. So kommt es, dass in der „westlichen“ Welt viele Frauen zwischen 14 und 25 Jahren beginnen unter Essstörungen zu leiden. In Österreich sind etwa 200 000 Frauen und Mädchen davon betroffen. Die Zahl an Erkrankungen an Bulimie und Magersucht haben in den letzten Jahren stetig zugenommen und die Tendenz ist nicht nur in Österreich, sondern in der ganzen industrialisierten Welt steigend.

Keine Abo-Karte mehr?



Abo per Telefon bestellen:
01/524 63 10

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender

Die SLP-Treffpunkte:

WIEN-WEST: Jeden Di. um 19.30 Uhr Club International, 16., Payerg. 14
WIEN-SÜD I: Jeden Dienstag um 20 Uhr Bunte Kuh, 5., Zentag-/Siebenbrunneng.
WIEN-SÜD II: Jeden Mi. um 19 Uhr Schlupfwinkel, 4., Kleine Neugasse
WIEN-MITTE: Jd. Mittwoch um 19 Uhr Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8
WIEN-NORD: Jeden Freitag, 19.30 Uhr „Peer Gynt“, 20., Jägerstr. 38
SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN: Jeden 1. Montag im Monat, 19.00 Cafe Paganini, 9, Althanstr. 11-13
SLP-FRAUEN: (nur für Frauen) Termine auf Rückfrage

Die SWI-Treffpunkte:

Jeden Montag um 19.00 Uhr Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

Die SLP-Veranstaltungen im April:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ entnehmen.
10. APR.: „WAHLRECHT FÜR ALLE“ SLP-WIEN-SÜD II (MARGARETEN)
16. APR.: „WIE EINE SWI-GRUPPE AUFBAUEN?“ SLP-WIEN-WEST
17. APR.: SEMINAR ZUR WEHRMACHTSAUSSTELLUNG SLP-WIEN-MITTE (17:00)
26. APR.: „WARUM DEMONSTRIEREN WIR AM 1.MAI?“ SLP-WIEN-NORD
29. APR.: „RECHT AUF ABTREIBUNG - MODELL FRANKREICH?“ SLP-FRAUEN
20. APR.: „REZESSION INTERNATIONAL - REGIERUNGSKRISE IN ÖSTERREICH - FÜR EINE SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE“ SLP-KONFERENZ (ÖFFENTLICHER TEIL)
ANMELDUNG UNTER 01/524 63 10 ODER SLP@SLP.AT

Demonstrationen & Aktionen:

13. APRIL: Demonstration zur Verteidigung der Wehrmachtsausstellung gegen Naziübergänge 12h Ring/Oper und 12h Westbahnhof

JEDEN DONNERSTAG: Demonstration gegen Blau-Schwarz, jeweils 19 Uhr, Ballhausplatz

AUSTRALIEN I: GEWERKSCHAFTEN RICHTUNG NEUER ARBEITERINNENPARTEI
Am 17. März verkündeten fünf australische Gewerkschaften die endgültige Lösung ihrer Verbindung zur ALP (Australia Labour Party). Die Electrical Trades Union, United Firefighters Union, Textile Clothing and Footwear Union, Plumbers Union und die Australian Manufacturing Workers Union weil sie die Politik der ALP - Privatisierung, Kürzungen im Bildungs- und Gesundheitswesen und Antigewerkschaftspolitik - scharf kritisieren. Unter den GewerkschafterInnen gibt es nun Diskussionen über die Gründung einer neuen ArbeiterInnenpartei.

Neues aus dem CWI

terInnenpartei. Die leitenden Gewerkschaftssekretäre von ETU und UFU sprechen sich dafür aus (andere überlegen, den Grünen beizutreten). Das die Zeit reif für eine echte linke Alternative ist, zeigen die Wahlergebnisse der Grünen, die teilweise als linke Alternative gesehen werden, aber auch die guten Ergebnisse von KandidatInnen der Socialist Party (australische Schwesterpartei der SLP), die bei den Regionalwahlen in Melbourne zwischen 3,6 und 7 % der Stimmen erhielt.

AUSTRALIEN II: SOZIALISTINEN CONTRA RASSISMUS

Am Osterwochenende sind hunderte Menschen quer durch ganz Australien gefahren, um gegen den Rassismus der Regierung zu demonstrieren. Insbesondere die skandalöse Behandlung von AsylwerberInnen und speziell der "Boat people" sorgte für Kritik an der Regierung. Selbst 5-jährige Kinder werden einer Leibesvisitation unterzogen, die Flüchtlinge werden oft jahrelang in Flüchtlingscamps untergebracht. Wer versucht, dieser menschenunwürdigen Behandlung zu entfliehen, muss bis zu fünf Jahre ins Gefängnis. Zur Demonstration in Woomera (eines der Flüchtlingscamps) kamen auch über 100 Menschen aus Melbourne mit den Red Buses der Socialist Party, der australischen Schwesterpartei der SLP.

SOZIALISTISCHER WIDERSTAND INTERNATIONAL: Am 15. März, dem internationalen Aktionstag von International Socialist Resistance gegen Bildungsabbau fanden weltweit Aktionen statt: Eine Universitätsbesetzung in **Canada**, eine Demonstration in **Schweden**, ein SchülerInnenstreik in **Hackney/London**. In **Berlin** wurde die Bildung zu Grabe getragen, in **Griechenland** fanden Proteste vor einem Gebäude der EU statt, in **Kaschmir** und einer Reihe britischer Städte gab es Kundgebungen. In **Südafrika** wurden Unterschriften gesammelt und das Radio interviewte ein ISR-Mitglied.

Massive Proteste gegen Berlusconi:

3 Millionen auf der Straße!

Der 23. März 2002 wird wohl für immer ein besonderer Tag in der Geschichte Italiens bleiben. Es war die größte Demonstration aller Zeiten. 3 Millionen Menschen bewegten sich in den sechs Strahlen des Sternmarschs auf den Circus Maximus zu - und lange nicht alle fanden dort Platz. Ca. 9.000 Busse, 61 Züge, fünf Flugzeuge und vier Fähren waren angemietet worden, um diese Menge nach Rom zu transportieren.

VON PHILIPP FLEISCHMANN,
SLP-WIEN MITTE

Sie alle waren gekommen, um gegen die Aufweichung des Kündigungsschutzes und gegen die Regierung Berlusconi zu protestieren. Das bedeutet vor allem eines: Sie erlauben der Regierung nicht, zu tun was sie will.

MASSENBEWEGUNG STATT TERROR

Berlusconi hatte in den letzten Tagen versucht, den am 19. März begangenen Mord am Regierungsberater Marco Biagi gegen die Mobilisierung zu instrumentalisieren. Der terroristische Anschlag, bei dem Biagi, Berater sowohl der früheren Mitte-"Links"-Regierung "Ulivo" als auch der Berlusconi-Regierung, erschossen wurde, gibt der Regierung einen Vorwand, diese Reformvorschläge sozusagen als sein Erbe und somit über jeden Zweifel erhaben darzustellen. Es gilt in diesem Zusammenhang auch, die Möglichkeit einer rechtsextremen Provokation zu erwähnen. Die Gewerkschaften ließen sich von Berlusconi bisher nicht einschüchtern. Sie hielten die Demonstration am Samstag - mit

erwähntem Erfolg - als die alternative und effiziente Methode zum Kampf gegen die Regierung ab und fixierten das Datum für den ersten achtstündigen Generalstreik seit 20 Jahren: 16. April 2002.

GENERALSTREIK STEHT VOR DER TÜR

Sogar die konservativen Gewerkschaften CISL und UIL sind unter dem Druck der Basis neben der stärksten Gewerkschaft CGIL dazu gezwungen, diesen Streiktermin zu unterstützen. Die Pläne zur Abschaffung des Artikel 18 des sogenannten "Arbeiterstatuts" ("Statuto dei Lavoratori"), der gewissen Kündigungsschutz für ArbeiterInnen in Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten bietet, ist der Punkt, an dem die italienischen Gewerkschaften ihren Widerstand starten. Die Regierung hätte noch weitere Pläne in Petto: Das sogenannte "Weißbuch", das seit der Ermordung seines Autors Biagi von der Regierung wie eine Bibel behandelt wird, umfasst Vorschläge von der Reduktion der Löhne im Süden über Dezentralisierung der Kollektivvertragsverhandlung bis

Ein Bild, das Rom noch nie zuvor geboten hatte.



zur Einschränkung des Streikrechts. Es ist somit dem Regierungsprogramm der österreichischen Regierung nicht ganz unähnlich: Nur die erste Forderung ist in Ermangelung eines entsprechenden Nord-Süd-Gefälles in der Koalitions-erklärung von ÖVP und FPÖ nicht enthalten, die beiden anderen lesen sich dort ganz ähnlich.

GEWERKSCHAFTEN WERDEN KRIMINALISIERT

Berlusconi verglich die Demonstration mit den Pistollenschüssen, ein Minister zweifelte ob eine derart große Demonstration "verfassungskonform" sei. Daneben versucht sie die konservativen Gewerkschaften mit Verhandlungsangeboten abzukoppeln. Der kommende Generalstreik könnte die Nagelprobe für die italienische Rechtsregierung werden: Bereits die erste Regierung Berlusconi

hatte unter dem Druck einer Massenbewegung ihre populistischen Teile und damit die Mehrheit verloren. Die Schwäche der Linken liegt in ihrer Alternativlosigkeit: Sergio Cofferati, Sekretär der CGIL und großer Star der Demonstration am 23. März gilt als Kandidat für die Führung des Mitte-"Links"-Bündnisses "Ulivo", das in seiner Regierungsperiode Ende der Neunziger Jahre einen scharfen neoliberalen Kurs gefahren ist und somit die Frustration gesät hat, die zum neuerlichen Aufstieg Berlusconis geführt hat. Für viele ArbeiterInnen und Jugendliche, vor allem für viele in der Rifondazione Comunista (RC - Partei der Kommunistischen Neugründung) ist das keine Alternative. Trotzdem strebt der Sekretär der RC, Fausto Bertinotti, für die kommenden Regionalwahlen eine Bündniskandidatur mit dem Ulivo an.

VOR DER ENTSCHEIDUNG

KommunistInnen und SozialistInnen in Italien, speziell eine Partei mit 100.000 Mitgliedern wie die Rifondazione, müssen jetzt eine echte Alternative anbieten. Durch eine klare sozialistische Perspektive, könnte eine Mehrheit von der Notwendigkeit einer Alternative zum Kapitalismus überzeugt werden. Die drei Millionen, die am 23. März in Rom warfen, und die, die am 16. April in den Generalstreik involviert sein werden, sind schon jetzt ein Beispiel für Menschen, die ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen. Wenn sie diesen Weg weiter beschreiten, haben sie die Möglichkeit, auch ein Beispiel für einen Sieg der ArbeiterInnen über neoliberale Politik zu werden.

Sharons Politik in der Sackgasse:

Krieg im Nahen Osten

Arafat unter Panzerbeschuss - "Bin zum Märtyrertod bereit" lautete eine der vielen Schlagzeilen, nachdem Israels Premier Sharon wörtlich den "totalen Krieg" erklärt hat. 20.000 Reservisten wurden einberufen, die palästinensische Verwaltung in Schutt und Asche geschossen, Stadt für Stadt besetzt. Seit Monaten wurde an der Spirale der Gewalt unaufhörlich gedreht. Warum bloß? Wir sagen: Im Kapitalismus wird es nie einen dauerhaften Frieden geben.

VON CORNY NUSSBAUMER,
SLP WIEN-NORD

Die USA bekamen es mit der Angst zu tun, als sie die gewaltigen Militärschläge Ariel Sharons sahen. Den USA geht es um die Vorbereitung des neuerlichen Krieges gegen den Irak. Die explosive Lage im Nahen Osten und Sharons Kriegserklärung passen nicht in ihren Plan. Die EU erklärt: "Arafat ist nicht unser Feind". Auch der UNO-Sicherheitsrat hat sich mit einer Resolution zu Wort gemeldet. Diese Worte klingen nicht schlecht, aber all diese kapitalistischen Politiker werden keinen Frieden bringen, sondern haben zum Krieg geführt. Dem Westen ging es in all den Jahren nie um die Befreiung der PalästinenserInnen. Eine Lösung zu finden, ist nicht leicht. Manche Linken mei-

nen, der israelische Staat hätte keine Existenzberechtigung, da er als Instrument des Imperialismus entstanden ist. Doch die Bewohner Israels dürfen nicht mit den Unterdrückern gleichgesetzt werden. Auch die Bedürfnisse der israelischen ArbeiterInnenklasse nach einem sicheren Leben sind gerechtfertigt. Das Gegenteil davon bedeutet die derzeitige Politik. Eine dauerhafte militärische Lösung kann es nicht geben. Der nationale Graben wäre nie überwunden, sondern verstärkt und zementiert. Sharons Vorschlag der Pufferzonen war der logische Vorläufer zum jetzt voll ausgebrochenen Krieg. Die PalästinenserInnen müssen in ihrem Kampf durch Massenkampfeaktionen statt Selbstmordanschläge gegen ZivilistInnen eine neue Führung entwickeln.

Sharon treibt die nächste Generation in den Krieg



Die Politik und Militärtaktik der derzeitigen reaktionären Führer treibt Teile der jüdischen Bevölkerung wieder in die Arme der israelischen Rechten. Die palästinensische Massenbewegung müßte durch Aufrufe klar machen, dass sich ihr Kampf gegen den israelischen Unterdrückerstaat richtet und nicht gegen die israelische Bevölkerung. Die Überwindung des kapitalistischen Systems in Israel muß das Werk der jüdisch/israelischen ArbeiterInnenbewegung sein. Die Chance, damit auf offene Ohren zu stoßen, war noch nie so groß: Die Hälfte der jüdischen

Israelis sieht, dass die Militärschläge Sharons das Gegenteil von Sicherheit bringen. 70% sind aufgrund der neoliberalen Sozial- und Wirtschaftspolitik aufgebracht. 322 Reservisten haben öffentlich den Einsatz in den besetzten Gebieten verweigert. Das zeigt, wie gespalten die israelische Gesellschaft mittlerweile ist. Sharons Terrorschlag könnte auch sein letzter Akt gewesen sein.

• Sofortiger Abzug der israelischen Armee aus allen Gebieten. Schluß mit den Blockaden.

- Für einen Massenkampf der PalästinenserInnen unter ihrer demokratischen Kontrolle, um für echte nationale und soziale Befreiung zu kämpfen.
- Für das Recht aller israelischen Wehrpflichtigen und Reservisten, den Dienst in den Gebieten zu verweigern
- Für einen Kampf der israelisch-jüdischen und palästinensischen ArbeiterInnen und Jugendlichen gegen das Kapital und die "eigene" herrschende Klasse.
- Für ein sozialistisches Palästina neben einem sozialistischen Israel als Teil einer freiwilligen sozialistischen Föderation des Nahen Ostens mit garantierten demokratischen Rechten für alle nationalen Minderheiten.

Das sind einige unserer Losungen. Die neuesten Stellungnahmen des CWI unter www.wordsocialist-cwi.org unsere Sektion in Israel: www.maavak.org.il

Gegen alte und neue Nazis!

Für 13. April wurde von der sogenannten "Kameradschaft Germania" eine Demonstration gegen die Wehrmachtsausstellung in Wien angekündigt. Die Kameradschaft Germania besteht laut Eigendefinition aus "Nationalisten, Patrioten und Heimatverbundenen Menschen bis hin zu Skinheads und allgemeinen 'Rechten'". Bis Dezember 2001 prangte auf ihrer Homepage noch der Slogan "Wir müssen den Fortbestand unserer Rasse bewahren und auch die Zukunft arischer Kinder sicherstellen". (t. DÖW).

BERICHT VON SOZIALISTISCHER WIDERSTAND INTERNATIONAL (SWI)

Das ist eine Premiere für Wien: Eine von der Nazi-Szene organisierte Demonstration gab es hier seit Jahren nicht. Droht diese Welle von Deutschland auf Österreich nun überzuschwappen? In Deutschland hat die NPD (Nationaldemokratische Partei Deutschlands), gegen die ein Verbotverfahren läuft, derartige Dinge zur traurigen Gewohnheit gemacht. Gegen die "Wehrmachtsausstellung" zogen - von der Polizei gut beschützt - tausende Neonazis durch Berlin.

WEHRMACHTSAUSSTELLUNG

Die Ausstellung "Die Verbrechen der Wehrmacht - Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-45" ist eine von Hamburger HistorikerInnen zusammengestellte Dokumentation des Vernichtungskrieges der deutschen Wehrmacht vornehmlich gegen die Sowjetunion. Darunter fallen die im Zuge der Partisanenbekämpfung verübten Verbrechen, als auch die gezielt durchgeführte Ausplünderung und Zerstörung der Sowjetunion, die den Hungertod der städtischen und ländlichen Bevölkerung der Sowjetunion einplante. Die Ausstellung zeigt, wie die Wehrmachtsführung und Wehrmachtsverbände an den im Osten und in Südosteuropa verübten Verbrechen involviert war. Schon die erste Version der Ausstellung rief heftige Reaktionen hervor. Die Ausstellung wurde jetzt neu konzipiert - nicht unbedingt zu ihrem Vorteil (siehe dazu Seite 6).

"KAMPF GEGEN DEN BOLSCHEWISMUS"

In einer nicht veröffentlichten Umfrage aus dem Jahr 1982 wur-

den 10.000 ehemalige Wehrmachtsangehörige über die Ziele der Wehrmacht befragt. Von denen die antworteten (1.400) gaben 78 Prozent "Lebensraum", 62 Prozent "Kampf gegen den Bolschewismus", 42 Prozent "Kampf gegen das Weltjudentum" und 36 Prozent "Rassereinheit" an (lt. profil, 25.3.2002). In der selben Ausgabe des Magazins drückt einer der reichsten und mächtigsten Männer Österreichs - Hans Dichand - auch nachträglich seine Bewunderung für das NS-Regime aus: "Mir gefiel am Nationalsozialismus, dass der Klassenkampf abgeschafft werden sollte." Tatsächlich hat das NS-Regime nicht nur durch Terror, politische Verfolgung und die Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung den Klassenkampf "abgeschafft". Untrennbar damit verknüpft ist aber auch die ideologische "Alternative" der angeblich über den Klassen stehenden Volksgemeinschaft. "Lebensraum, Kampf gegen Juden und Bolschewismus und für Rassereinheit": Das bedeutete in der mörderischen Konsequenz des Nationalsozialismus die Legitimation für den Holocaust und den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion.

RECHTE GEFAHREN HEUTE

Mit der FPÖ sitzt eine Partei in der Regierung, die sich programmatisch offen zum Konzept der Abschaffung des Klassenkampfes durch die Volksgemeinschaft und zum "Widerstand aller patriotischen Kräfte" z.B. gegen "multikulturelle Experimente" bekennt (vgl. FPÖ-Programm 1997). Auch wenn die FPÖ in ihrem Parteaufbau, Struktur und Funktion im politischen System, wenig mit einer faschistischen Partei zu tun hat, ist sie in mehrfacher Hinsicht

eine Gefahr. Sie steht einerseits für radikale Maßnahmen gegen MigrantInnen und Gewerkschaften, für Sozialabbau und Rechtsruck. Sie steht auch für Sprüche, welche die NS-Vergangenheit und den Holocaust verharmlosen. Gleichzeitig bereitet sie damit nicht nur politisch den Boden auf, in dem sich Nazischlägerbanden bewegen. Zum Beispiel hat der Großteil der im Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus erwähnten Personen direkte oder indirekte Verbindungen zur FPÖ. Besonders deutlich wird dadurch die Notwendigkeit, sich beim Kampf gegen Rechts nicht auf Verbotsgesetze, Staat und Polizei zu verlassen. Auch historisch hätte der Faschismus nur durch rechtzeitigen entschlossenen Widerstand "von unten" - vor allem durch die ArbeiterInnenbewegung - gestoppt werden können. Auch heute wäre es entscheidend, dass sich vor allem Organisationen wie die Gewerkschaften massiv an Mobilisierungen gegen Rechts beteiligen.

DIE DEMONSTRATION

Seit Jahren zum ersten Mal trauen sich Neonazis, in Wien eine Demonstration abzuhalten. Zur FPÖ-Regierungsbeteiligung besteht zumindest in einem Punkt sogar ein direkter Zusammenhang: Haider unterzeichnete selbst einmal eine Grußkarte an die Kameradschaft Germania. Die Sozialistische Linkspartei und Sozialistischer Widerstand International werden jedenfalls alles tun, um eine Ausweitung dieses Phänomens zu verhindern. Durch unsere Arbeit in Jugend gegen Rassismus in Europa konnten wir in der ersten Hälfte der neunziger Jahre Neonazi-Banden von Wiens Strassen vertreiben. Wir beteiligen uns auch jetzt an der geplanten Mobilisierung gegen den Naziaufmarsch - und würden uns freuen, wenn auch Du mithilfst, selbst hinkommst und Flugblätter in Deinem Umfeld verteilst. Kontaktiere uns unter slp@slp.at oder 01/524 63 10.

Seminar 17. 4.:

Wehrmachtsausstellung und Faschismus

17h Arbeitskreise

- Was ist Faschismus?

- Nazis bekämpfen - aber richtig

19h Diskussion

Weltwirtschaftskrise wie in den 30ern - droht der Faschismus?

WIEN 7, AMERINGHAUS, STIFTG 8, RAUM 4

**Demo
Nazis stoppen!**

Sa 13.04.

Sternmarsch zur Verteidigung der Wehrmachtsausstellung in Wien gegen Nazi-Übergriffe
Treffpunkte:

12:00 Ring/Oper

ebenso 12:00 Westbahnhof
(Abmarsch jeweils 12:30)
16:00 Semperdepot - 6., Leharlg. (Ausstellungsort)

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau!
Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit - sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot! Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung - Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.